

Verwirrung zu stiften und die Kräfte des Angewiesenen zu lähmen. Weil wir den Sieg des werktätigen Volkes über das Fürstentum wollen, darum werden wir uns gegen alle Gefahren, die der proletarischen Einheitsfront drohen. Darum fordern wir erneut und dringend zur Bildung von Einheitskomitees auf.

**Jetzt gilt es: Alle Kräfte der Werktätigen für Volksbegehren und Volksentscheid zusammenzufassen!**

### Die sächsischen Industriellen sind mit ihrem jungen Mann zufrieden

Der Finanzminister Reinhold hat bekanntlich in seiner Rede zur Regierungserklärung im Reichstag einen Abbau der Steuern für die Industrie angekündigt. Der Vorstand des Verbandes sächsischer Industrieller hat auch zu diesen Ausführungen Stellung genommen und seiner vollsten Zufriedenheit Ausdruck gegeben. Die Meldung lautet dazu:

In der Gesamtvorstandssitzung vom 18. Februar 1926 bildeten die Ausführungen des Reichsfinanzministers in der Reichstagsitzung vom 10. u. 11. Febr. den Gegenstand einer eingehenden Besprechung. Allgemein kam das Gefühl der Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die Gedankengänge, die von den Organisationsstellen der Wirtschaft wegen der unaufschubbaren Entlastung der Produktion und der hieraus zu ziehenden gesundheitlichen Folgerungen immer dringlicher angestellt wurden, nun auch namens des Kabinetts durch den Reichsfinanzminister im ganzen wie auch im einzelnen aufgenommen und überzeugend vertreten worden sind. Mit Recht hat der Reichsfinanzminister dabei hervorgehoben, daß die Wirtschaftskrisis zu einem wesentlichen Teil durch Überforderung verursacht ist, daß die dauernde Hilfe für die Behebung der erschwerenden Erwerbslosigkeit ein gesunde Wirtschaftspolitik ist, welche die Quellen der deutschen Wirtschaft nicht verknüpft. Um dies zu verhindern, ist es nötig, der Wirtschaft endlich die unerlässliche Erleichterung vor den drückenden Steuern systematisch zu gewähren, und zu diesem Zwecke die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen zu bringen. Jwar bilden die vom Reichsfinanzminister zunächst vorschlagenden Erleichterungen erst den Anfang des wirtschaftlichen Entlastungsprogramms, und der Verband hätte insbesondere gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, den Reichs-einkommensteuer- und Körperschaftsteuer der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der außerordentlich geschwächten Wirtschaft mit sofortiger Wirkung anzupassen. Aber auch mit dieser Einschränkung enthält das Programm des Reichsfinanzministers die gesunde und wirtschaftlich gebotene Ziele der Einnahmen- wie Ausgabenpolitik der großen öffentlichen Verbände, daß im Interesse der Wirtschaft nur zu wünschen ist, daß die Parteien des Reichstages, vor allem alle Verwaltungsbehörden in Reich, Staat und Gemeinden, wie überhaupt die gesamte Öffentlichkeit dem Reichsfinanzminister in seiner weislichen Schwere, aber für die Gesundheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringend nötigen Tätigkeit eifrig beizutreten, um vor allen Dingen die dringenden bürokratischen Hemmnisse zu überwinden, die bei allen Reformversuchen derartiger Art die schwersten Hindernisse sind. Der Verband wird jedenfalls lehrreich alles tun, was geeignet ist, dieses Programm des Reichsfinanzministers nicht lediglich eine Ankündigung bleiben, sondern zu einer wirklich befriedigenden Tat werden zu lassen.

Von einer Hilfe für die Arbeiter war bekanntlich in der Rede Reinholds nichts enthalten, auch nicht von einer Steuerermäßigung für Lohn- und Gehaltsempfänger. Nach dem Ausweis über die Steuereinnahmen liegen aber die Dinge im Dezember 1925 so, daß 83 Prozent der Einkommensteuer von den Arbeitern und nur 17 Prozent von den Besitzenden aufgebracht wurden. Diesen sollen die Steuer nun noch mehr erlassen werden. Die Arbeiterklasse muß den Kampf um die Herabsetzung ihrer Steuern mit aller Energie beginnen.

### Die Bestimmungen über Abfederung zu viel bezahlter Lohnsteuer

Im Reichstag wurde am Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer angenommen, dessen wichtigste Bestimmungen über Abfederung zu viel bezahlter Lohnsteuer wir im folgenden wiedergeben:

Wenn eine Veranlagung für 1925 nicht erfolgt, sind Steuerbeträge, die vom Arbeitslohn einbehalten worden sind, auf Antrag zu erstatten, wenn:

1. infolge Verdienstauffalls der steuerfreie Lohnbetrag in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist;
2. besondere wirtschaftliche Verhältnisse der im § 56 bezeichneten Art vorliegen, so weit sie nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags berücksichtigt worden sind.

### Gift und Gas

Das chemische Kampfmittel ist gekommen, um zu bleiben und seinen Zweck zu erfüllen. Mit dieser Tatsache wird sich die Welt abfinden müssen. So ähnlich bestanden die unparteilichen Käufer, Kriegsverbrecher und Heher ihr freilichs Begnügen, chemische Kampfmittel — deren Verwendung für lauzende Proletariat höheren Tod oder grauenvolles Schicksal bedeutet — in den Dienst der Nation (des Geldes) zu stellen. Jeden Teilnehmer am Weltkriegsmorden 1914—18 erzählt heute nach Taten noch das Grauen, wenn er an die einschüchternen Wirkungen der Gasverwendung während des Krieges zurückdenkt. Unzählige Kriegesopfer schliefen tagtäglich den Verbrechern, die das unheilvolle Gas, dessen Einatmen sie ein Leben lang-lamen Stetiums verdanken, damals zur Anwendung brachten. Mit dem 22. April 1915 in Flandern, als zum ersten Male mehrere hundert deutsche Gasbatterien sich entluden und ihre graugrünen Schwaden (Chlorgas) gegen die feindlichen Stellungen der Gasbatterien während des Krieges zurückdenkt. Unzählige Kriegesopfer schliefen tagtäglich den Verbrechern, die das unheilvolle Gas, dessen Einatmen sie ein Leben lang-lamen Stetiums verdanken, damals zur Anwendung brachten. Mit dem 22. April 1915 in Flandern, als zum ersten Male mehrere hundert deutsche Gasbatterien sich entluden und ihre graugrünen Schwaden (Chlorgas) gegen die feindlichen Stellungen der Gasbatterien während des Krieges zurückdenkt. Unzählige Kriegesopfer schliefen tagtäglich den Verbrechern, die das unheilvolle Gas, dessen Einatmen sie ein Leben lang-lamen Stetiums verdanken, damals zur Anwendung brachten.

„Lewitt“, ein nichtsagendes, aber inhaltschweres Wort, das zum ersten Male vor einigen Monaten in den Spalten der großen amerikanischen und europäischen Zeitungen auftauchte. Man wußte damals über einen sensationellen Bankrott in Chicago anzuhören, wurden drei Einbrecher durch Gas getötet, das eines im Schloß der Kasse eingebauten Metallkastens entkam. Dieses Giftgas war Lewitt. Zwei Millionen reich-ten aus, um drei Menschenleben auf der Stelle zu töten. Der Erfinder dieses Giftgases, von dessen Erfindung erst damals die breite Öffentlichkeit erfuhr, war der Chemiker Lewis, Professor an der Universität in New Orleans, der im Jahre 1917 die Zusammenführung des furchtbaren Gases gefunden hat. Lewis machte damals von seiner Erfindung dem amerikanischen Kriegs-fermando Mitteilung. Später wurden in der Werkstatt des Professors täglich hunderte Kilogramm des menschenvernichtenden Giftes hergestellt. Am Anfang des Jahres 1918 besah Amer-

Dies gilt auch, wenn der Arbeitslohn nicht für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden ist und der Steuerbetrag nach § 74 erstattet ist.

Im Falle des Zbl. 1 Nr. 1 ist einem Arbeitnehmer, der glaubhaft macht, daß bei ihm infolge Verdienstauffalls der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Höhe von 800 Reichsmark berücksichtigt worden ist, auf Antrag für jede volle Woche des Verdienstauffalls:

- a) wenn es sich um einen ledigen, kinderlos verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer handelt, ein Betrag von 2 M.,
- b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 M.,
- c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 M.

zu erstatten. Nicht volle Stunden werden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Anträge nach § 2 müssen spätestens bis zum 30. April 1926 eingereicht sein.

Als Nachweis des Verdienstauffalls kann im Falle der Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle der Erwerbslosigkeit, der Aussperrung oder des Streiks die Erwerbslosenkassenschein, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, eines Berufsverbandes oder des Arbeitgebers anerkannt werden.

Der zu erstattende Betrag darf die Höhe der einbehaltenen Steuerbeträge nicht übersteigen; Jahresbeträge unter 4 Mark werden nicht erstattet.

### Werbt Leser für die „Arbeiterstimme“!

Die Werbung für die „Arbeiterstimme“ hat gestern begonnen. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet die Verteilung von Werbe-Exemplaren statt. Kein Mitglied darf bei der Arbeit fehlen!

### Friedensmiete am 1. Juli 1926

Die Bourgeoisie fürchtet die Massendebewegung der Mieter.

Der Steuerantrag des Reichstages beruht am Sonnabend über den Antrag der SPD. und KPD. die Herabsetzung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleichsgesetz bis zum 1. April d. J. erfolgen sollte, bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben.

Finanzminister Reinhold, der für keine Steuererleichterung an die Besitzenden viel Geld braucht, wandte sich in äußerster scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden brauchten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Mietsteuer ergibt. Jähren die Mieter nicht, so könne auch das in Aussicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauerlich sei, daß Preußen und Sachsen die Mieten nicht bereits nahe an hundert Prozent herabgebracht haben, so daß jetzt am 1. April die Miete um 16 Prozent der Friedensmiete herabgesetzt werden müßte. — Die Vertreter der Länder, vor allen Dingen Preußen, aber auch Bayern, Hamburg und Sachsen, forderten in derselben Tonart unbedingt zum 1. April die hundertprozentige Miete.

Genosse Höllerlein zeigte, daß die Mieterhöhung wiederum vor allen Dingen das Proletariat belastet und auch die kleinen Gewerbetreibenden äußerst schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsneubaus ist ohne weiteres auch ohne erhöhte Einnahmen aus der Haussteuer zu erreichen, da bisher über 75 Prozent der Haussteuer von Ländern und Gemeinden zur Erleichterung der Steuerlasten für die Besitzenden und nur 25 Prozent zur Förderung des Wohnungsneubaus verwendet werden.

Trotzdem noch einmal ein Vertreter der Reichsregierung die rasche Angleichung der Mieten in Altmwohnungen an die Mieten der neuerbauten Wohnungen, also Verdröpfung der Friedensmiete gefordert hatte, zeigte es sich doch, daß die Bourgeoisie ein Mittel suchen will, um der sich bildenden Kampffront der Mieter entgegenzutreten zu können. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1926 in Kraft treten soll.

rifa eine derartige Menge von Lewitt, das zur Vernichtung der gesamten Streitmächte der europäischen kriegführenden Staaten ausgereicht hätte. Die amerikanischen Militärschen verlangten wiederholt von ihrer Regierung die Einwilligung zur Ueberführung größerer Mengen Lewitt nach dem europäischen Kriegsschauplatz. Damals lehnten aber die „Demokraten“ vom Schloß Wilson angeblich vor der Verwendung des furchtbaren Mittels zurück. Gewiß nicht aus Humanität. Stand es zu der Zeit doch schon fest, daß Deutschland das Ringen um die Welt-herrschaft verloren hatte. Nur auf das Konto der November-Revolution ist es zu buchen, daß Lewitt nicht trotzdem Millionen europäischer Proletariat vernichtete.

Wer aber glaubt, daß nach dem Waffenstillstand die unheimliche Menge giftiger Gase vernichtet worden wäre, täuscht sich gewaltig. Dem Schicksal nach gab damals die Regierung des „Friedens und der Wälfveröhnung“ triffe Anweisungen, alles vorhandene Lewitt zu vernichten. Wie dies aber besorgt wurde, geht aus folgender Zeitungsnotiz, amerikanischer und deutscher Zeitungen hervor:

„Eine unheimliche Dampferladung. Ein kleiner Dampfer hat dieser Tage in aller Frühe den Hafen Neusport verlassen. An Bord des Schiffes, dessen Besatzung nur aus zehn Matrosen bestand, waren sechs große Stahlkisten verladen. Den Jollis-organen, die auf den Dampfer gekommen waren, um die übliche Durchsicherung vorzunehmen, wies der Kapitän ein Schriftstück vor. Ohne einen Blick auf die mit eisernen Schlössern versehenen Kisten zu werfen, verließen die drei Zollbeamten eilig das Schiff, das nun mit Wasserdampf sich von der Küste entfernte. Auf hoher See, an einer Stelle, wo die Meerestiefe etwa 8000 Meter erreichen soll, wurde die Maschine abgeschalt. Die Matrosen öffneten mit äußerster Vorsicht die erste Kiste, die eine weite aus Eisenblech barg. Zwei Minuten später verlor der Betonbehälter samt seinem Inhalt im Ozean. Nach einer halben Stunde eilte der Dampfer wieder der Küste zu. Allerdings ohne Ladung! Die Metallbehälter waren 100 Kilometer vom Hafen entfernt auf dem Meeressgrund gelitten. Was bargen die Metallkisten, die unter dem Schuß der Kanonen vom Neusporter Hafen ins Meer versenkt werden mußten? Das fürchterliche Zerstückungswort, das je ein Mensch erlangen hat: Lewitt, ein Giftgas, dessen Wirkung die im großen Krieg angewendeten Gase neuzugig übertrifft. Jener Dampfer, der Reste des Giftgases in der Meerestiefe versenkte, führte eine Aktaul des Vertrages von Locarno aus, der die Vernichtung dieses einschüchternen Kriegsmittels anwendet.“

Weiter wird über die Anwendung von Lewitt berichtet. Der Direktor einer Großbank in Chicago, die nach dem Rat von der Erfindung des Giftgases Kenntnis erhielt, gelang es, von Ho-

### Hindenburg für Duell

Hindenburg weigert sich, das vom Reichstag beschlossene Gesetz über das Militärstrafrecht zu unterzeichnen, weil darin Bestimmungen gegen den Duellverbot der Offiziere enthalten sind. Der noch ganz unzulängliche Versuch der Unterzeichnung der Offiziere unter das gemeine Recht in der lächerlichen Frage des Duells ist für Hindenburg und seine Leute ein Grund, von einem Ausnahmegesetz gegen die Offiziere zu reden. Hindenburg schließt keine Offiziere, weil sie an ihren monarchistisch-wilhelminischen Ueberblichtheiten festhalten.

Das Eingreifen Hindenburgs ist mehr als nur die Beibehaltung des Reichsbruchsrechts des Reichspräsidenten in einer Frage, die nur eine Frage der Etikette, der Form zu sein scheint. Das Eingreifen Hindenburgs unterzeichnet, daß die Offiziere der angeblich republikanischen Reichswehr dieselben geblieben sind, die sie unter Wilhelm waren; wie denn auch Gehälter im Reichstag als der Minister dieser sogenannten republikanischen Reichswehr sich heilig für das Duellverbot der Offiziersclique eingesetzt hat.

Weiter: das Einspruchsrecht des Reichspräsidenten wird zum erstenmal geltend gemacht und der Reichstag mit seinen beiden Regierungs-Reichsbanner-Parteien ist eingeschlossen, Hindenburg in seinem Einspruchsrecht durch den Antrag auf Hinausschiebung des Gesetzes um zwei Monate zu unterstützen, in einer Frage, die die wilhelminischen Offiziere der Republik in ihrem Dünkel befestigen. Als es sich um die Unterzeichnung der Auf-wertungsgesetze handelte, durch die Hunderttausende von kleinen Sparern endgültig enteignet wurden, da hat, obwohl auch damals der Reichstag sich für eine Hinausschiebung der Beschlüsse der Gesetze um zwei Monate ausgesprochen hatte, Hindenburg ohne Zögern unterzeichnet. Da handelte es sich nicht um Offiziere, sondern um die Später, um die Kriegs-anfeindern.

### Herzogliche Schieber

Einträglicher Handel mit Adelspräbikaten

In der Sitzung des Thüringischen Landtags vom 18. Febr. wurde eine kommunistische Anfrage verhandelt, die die Auslieferung des gesamten Vermögens an den ehemaligen Herzog sofort nach Bekanntwerden des Urteils des Reichsgerichts behandelt. Da die Regierung es nicht für nötig gehalten hat, auch nur ein Vermögensverhältnis aufzustellen, ist es dem Thüringischen Herzog gelungen, den wertvollen Silberbestand und andere Kunstschätze fortzuschaffen. Diese Angaben wurden vom Finanzminister Dr. v. Klügner bestätigt. In der Debatte kamen eigenartige Brattiten des Thüringer Herzogs aus der letzten Zeit zur Sprache. So hat der abgedankte Herzog als Privatmann noch lange nach seiner Abdankung an zwei Verleihen das Adelspräbikat für die runde Summe von je 40000 Mark, desgleichen im Verlauf der letzten Jahre verschiedene Orden verliehen. Selbst der demokratische Abgeordnete, Professor Dr. Krüger, behauptete, der Finanzminister habe in der Fürstenaufhebungsfrage eine Stellung eingenommen, die sich mit den Interessen des Landes nicht vertrage. Ein Antrag, auf das Gothaer Vermögen Arrest zu legen, wurde dem Ausschuss überwiesen.

Der Gothaer Herzog, der übrigens ein englischer Prinz ist und bekanntlich zur Verteidigung seiner Forderungen Paragrafen des Berliner Vertrages angeführt hat, wird nicht verschämen, die letzten Reste des von ihm noch nicht ins Ausland verbrachten Vermögens in Sicherheit zu bringen. Das Thüringer Proletariat muß die sofortige Beschlagnahme erwängen.

### Reichsbanner-Kundgebung in Hamburg

In Hamburg veranstaltete das Reichsbanner eine Kundgebung zu seinem zweijährigen Bestehen. Aus den bisher vorliegenden Berichten ist noch nicht zu ersehen, ob das Reichsbanner überhaupt, und wie es zu den schwebenden Tagesfragen Stellung genommen hat. Der „Vorwärts“ berichtet zwar in über zwei Spalten von dieser Kundgebung, erzählt von großen Aufmärschen und einer Rede des Ministerpräsidenten Braun an die Reichsbannerleute. Von dem Kampf gegen die monarchistische Reaktion, vom Volksbewußtsein liest man kein Wort.

Wir werden auf die Tagung zurückkommen, wenn weitere Berichte vorliegen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag drei Reichsbannerleute schwer mißhandelt. Ein Trupp Wälfhüter wollte am Lübecker Tor eine Fahne abreißen. Drei hinzukommende Reichsbannerleute versuchten das zu verhindern. Dabei wurden sie von den 30 Wälfhütern schwer mißhandelt.

Leffor Lewis einige Milligramm Lewitt zu kauen. Dieses Gas wurde mittels einer entsprechenden automatischen Vorrichtung zum Schutze des Geliebten gegen Einbruchgefahr verwendet. Als die amerikanischen Behörden von der Anwendung des Lewitt zu Privatwehren erfuhr, ließen sie die geringen Mengen Lewitt, die sich im Besitz der Großbank befanden, beschlagnahmen. Professor Lewis bekam die strenge Anweisung, die Zusammenfassung des Giftgases weiterhin als Kriegesgeheimnis zu bewahren. Interessant ist, daß Professor Lewis seit der Zeit von einer Reihe imperialistischer Staaten mit verlockenden Anträgen überschüttet wurde, Lewitt zu Kriegszwecken in großen Mengen zu erzeugen.

Das Lewitt nach dem Abbruch des Locarnoer Friedenspaktens ins Meer versenkt wurde, und zwar in solchen Mengen, die genügen, um 10 Millionen blühende Menschenleben zu vernichten, wissen bürgerliche Blätter zu berichten.

Ob auch das furchtbare Geheimnis des Professor Lewitt, vermittels dessen in kürzester Zeit giftige Gase hergestellt werden können, die ausreichen, um 20 Millionen Menschen und noch mehr zu töten, neben keinem Ereignis auf dem Meeressgrund liegt, wird wohlweislich verschwiegen.

Auch wird nicht verdrängt, in wieviel geheimen Laboratorien des amerikanischen und europäischen Kontinents hierherbei gearbeitet wird, um neue, noch furchtbarere Gase als Lewitt herzustellen. Es ist heute schon ein offenes Geheimnis, daß der nächste Krieg ein Luft- und Gaskrieg sein wird, dem unzählige Millionen Proletariat zum Opfer fallen werden. Während des Weltkrieges 1914—18 wirkten sich schon die katastrophalen Auswirkungen eines modernen Gaskrieges. Wenn man bedenkt, daß damals chemische Erzeugnisse als Kampfmittel erst aus der Taufe gehoben wurden, und auch heute diese Kriegsinstrumente schon erfundenen furchtbaren Gase noch in den Kabinettstuden steht, sind die Folgen des nächsten Krieges überhaupt nicht auszubedenken.

Sache des internationalen Massenbewußten Proletariats wird es sein, durch frühzeitige Beseitigung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse die von den imperialistischen Räufern gewillenslos heraufbeschworene Katastrophe eines noch furchtbareren Massenmordens als 1914—18 zu verhindern.

Befasse zur Einheitsfront. Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft annimmt, in dem Sinne, wie ich ihnen dies entwickelt, der läßt nicht einen der Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der läßt vielmehr einen Schrei der B e t r i e b u n g aus, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Benachteiligung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen.